

Gurgaon, ein Vorort von Delhi, Indien, hat die Finanzmarktkrise 2009 zu spüren bekommen. Zahlreiche Bauprojekte mussten eingestellt werden, viele Arbeiter verloren ihren Job und dadurch ihr Einkommen.



Welt im Wandel — Ein Plädoyer für mehr Aufklärung Dr. Hans Dembowski

Um unsere weltweiten Probleme anzugehen, reichen Lösungen auf nationalstaatlicher Ebene längst nicht mehr aus. Das wirft nicht nur Fragen hinsichtlich der demokratischen Legitimation von Regierungsentscheidungen auf, sondern verlangt eine tiefe Kenntnis globaler Risiken und ihrer Wechselwirkungen.

Der Soziologe Manuel Castells hat festgestellt, dass Regierungen im Zuge der Globalisierung Macht verlieren, zugleich aber an Einfluss gewinnen. Macht verlieren sie, weil wichtige Themen wie Klimawandel, Finanzsystemstabilität, Migration, Infektionskrankheiten oder die Terrorbekämpfung nicht mehr auf der nationalstaatlichen Ebene ihrer Kontrolle unterstehen.

Einfluss gewinnen die Regierungen aber, weil die von ihnen mitgetragenen internationalen Vereinbarungen weit über den Nationalstaat hinaus gelten. Ihr Einfluss wächst auch deshalb, weil die gewohnte Gewaltenteilung ausfällt. Legislative und Judikative haben oft keine andere Wahl, als den Abkommen zuzustimmen, welche die exekutive Spitze ihres Staates mit anderen Regierungen ausgehandelt hat.

Dass dieser Trend im Hinblick auf die demokratische Legitimation bedenklich ist, wurde schon oft beanstandet. Es gibt aber keine realistische Alternative. Nur in den USA, der dominierenden westlichen Macht, hält sich hartnäckig die Vorstellung unteilbarer nationaler Souveränität. Die Öffentlichkeit anderer reicher Nationen hat sich dagegen längst daran gewöhnt, dass politische Entscheidungen zur Stabilisierung des Klimas, zur Rettung des Finanzsystems oder auch zur Bekämpfung der Taliban auf internationalen Gipfeln fallen.

Dort bedienen sich die Akteure aus doppeltem Grund einer schwer verständlichen Terminologie. Erstens ist die Materie in der Tat kompliziert, und zweitens helfen vage gehaltene Rechtsbegriffe, einen Konsens zu finden und Kompromisse zu schließen. Fachjargon zu verwenden ist demnach strukturell begründet und keine perfide Intrige der Machthaber. Dennoch ergibt sich hieraus ein weiteres Demokratieproblem, nämlich die zunehmende Verbreitung populistischer Argumente in der öffentlichen Diskussion.

Dem deutschen Begriff „Politik“ fehlt im Englischen eine eindeutige Entsprechung. Er bedeutet sowohl politics (Taktieren und Austausch von Schlagworten) als auch policies (Konzepte zur Lösung wesentlicher Probleme) und polity (das institutionelle Gefüge, in dem politics und policy stattfinden).

Idealerweise kreist in jeder Demokratie die öffentliche Diskussion um die Durchsetzung der klügsten policies. Je schwieriger aber der Fachjargon zu verstehen ist, umso mehr wird die polity von politics gesteuert. Anders formuliert: Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass Schlagworte der Boulevardpresse den politischen Entscheidungsprozess beherrschen.

Damit ist das business as usual globaler Regulierung seit dem Fall der Berliner Mauer beschrieben. Allerdings nimmt der Handlungsdruck gegenwärtig enorm zu, weil die einzelnen Politikfelder immer enger miteinander verflochten sind. So ist zum Beispiel bereits abzusehen, dass der Klimawandel das Migrationsproblem verschärfen wird. Andererseits weisen die öffentlichen Haushalte vieler großer Volkswirtschaften in Folge der Finanzkrise Rekorddefizite auf, es ist also weniger Geld für Entwicklungshilfe und Umweltschutz vorhanden. Wachsende Verarmung verbunden mit veränderten Umweltbedingungen ist aber ein Nährboden für politische Krisen – wobei Krieg und Gewalt die Umweltzerstörung beschleunigen und Menschen in die Flucht treiben.

Wir sind es nicht gewohnt, Weltprobleme in solch hochkomplexen Szenarien zu betrachten. In der Debatte über den Irakkrieg spielen bis heute die möglichen Auswirkungen auf die Klimabilanz keine Rolle. In der deutschen Gesundheitspolitik gilt die Frage als überzogen, ob sich Malaria im Zuge des Klimawandels in Europa ausbreiten wird.

Es ist eine Sache, vielschichtige Szenarien ernst zu nehmen. Noch anspruchsvoller ist es aber, eine entsprechend mehrdimensional angelegte Politik zu konzipieren und durchzusetzen. Wer die Terminologie der Welthandelsorganisation WTO versteht, beherrscht vermutlich nicht auch noch das Vokabular der UN-Klimarahmenkonvention und die Grundbegriffe von peacekeeping und nationbuilding.

Das Motto der Münchener Rück Stiftung lautet „Vom Wissen zum Handeln“. Angesichts der globalen Herausforderungen ist dieses Leitmotiv noch anspruchsvoller und wichtiger, als auf den ersten Blick ersichtlich. Denn ohne Aufklärung über globale Risiken und deren Wechselwirkung wird der dringend benötigte Wandel unserer Welt nicht vorankommen.



Dr. Hans Dembowski ist Chefredakteur der Zeitschrift E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

Frauen arbeiten hart für ein Landwirtschaftsprojekt am See Ruhondo in Ruanda. Das Vorhaben wurde von der dänischen Regierung gefördert.

